



# Deutscher Bundesverband der Landwirte im Nebenberuf e.V.

Seit 1972

P R E S S E M I T T E I L U N G

22. November 2005

---

## DBN zum Amtsantritt der Großen Koalition

**Aus Anlass des heutigen Amtsantritts der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD, betont der Deutsche Bundesverband der Landwirte im Nebenberuf e.V. (DBN) die Bedeutung der nebenberuflichen Landwirtschaft in der deutschen Agrarstruktur und für die Entwicklung ländlicher Räume.**

Die zweite große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird sich im besonderen Maße der weiteren Entwicklung der Agrarstruktur und der ländlichen Räume annehmen müssen. Neben den für die Landwirte wichtigen Entscheidungen auf europäischer Ebene, im Hinblick auf die Finanzausstattung und Osterweiterung der EU, werden national die Fragen der Reform des agrarsozialen Sicherungssystems und der Strukturentwicklung landwirtschaftlicher Unternehmen eine zentrale Rolle spielen.

Der DBN begrüßt grundsätzlich, dass sich CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag dafür ausgesprochen haben, dass alle landwirtschaftlichen Unternehmen unabhängig von ihrer Betriebsgröße, ihrem Produktionsprofil und ihrer Rechtsform gleichberechtigt nebeneinander wirtschaften können sollen. Der DBN weist aber darauf hin, dass dazu eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft erforderlich ist. Insbesondere muss ein Fördergleichgewicht hergestellt werden, damit die besonderen Leistungen kleinerer familienbäuerlicher und nebenberuflicher Betriebe im Sozialgefüge der ländlichen Räume adäquat berücksichtigt werden. Alle Maßnahmen, die einen Strukturwandel beschleunigen, müssen korrigiert und zukünftig vermieden werden. Dazu zählt nach Auffassung des DBN vor allem eine Reform des agrarsozialen Sicherungssystems, insbesondere die Einführung von Befreiungsmöglichkeiten von Ehegatten in nebenberuflichen Betrieben bei der Landwirtschaftlichen Alterskasse.

Der DBN fordert die politischen Entscheidungsträger im Weiteren dazu auf, verantwortungsbewusst mit der Thematik „Grüne Gentechnik“ umzugehen. Die Risiken, die durch Auskreuzungen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf längere Zeit bestehen, sind nicht einzuschätzen und daher sollte die Politik die Rahmenbedingungen zu Gunsten einer GVO-freien Landwirtschaft stellen.

---

*V.i.S.d.P.: Jens Reichardt*

Tel.: (03 90 34) 9 43 45 – Fax: (03 90 34) 94 49 88 – Funk: (01 74) 2 97 76 70 – E-Mail: [DBN-mai@t-online.de](mailto:DBN-mai@t-online.de)